

Demokratie – was ist das eigentlich?

von Wolfgang Reinert

WENN der Begriff „Demokratie“ fällt, verstehen wir meist darunter ein politisches System, in dem das Volk in allgemeinen Wahlen abstimmt, wer das Land für eine bestimmte Zeit regieren soll.

Aber ist das schon alles? Erschöpft sich Demokratie in Wahlen, an denen jede(r) Wahlberechtigte teilnehmen kann? Anscheinend glauben das immer mehr Menschen – und sind folglich enttäuscht darüber, dass sich (angeblich) durch Wahlen nichts ändert: Nach den Wahlen regieren meist dieselben, oder sie bilden Koalitionen und lassen Wahlverlierer trotzdem mitregieren, oder sie brechen Wahlversprechen und führen nicht aus, wofür man sie gewählt hat.

Die Enttäuschung über das Ergebnis von Wahlen, die nach wochenlangen Koalitionsverhandlungen unerwartete Regierungsbündnisse nach sich ziehen, in denen womöglich unbeliebte PolitikerInnen weiter mitregieren; die Enttäuschung über Regierungen, deren Parlamentsmehrheit von Lobbyisten bedrängt und beeinflusst wird, welche in der Verfassung gar nicht vorgesehen sind; die Enttäuschung über Politiker bzw. Parteien, die gegen großzügige Spenden aus der Wirtschaft – wie es scheint – bestimmten Gruppen oder Organisationen Gefälligkeiten in der Gesetzgebung erweisen ...

All das sind immer wieder gehörte Begründungen für die Weigerung, an Wahlen teilzunehmen, oder neuerdings dafür, seine Stimme einer Partei zu geben, die vor allem „dagegen“ ist und ansonsten wenig alternative Programmpunkte nennt, sich aber als Sumpfblüte verbreiteter Demokratie-Verdrossenheit zu „Volkes Stimme“ aufspielt. Die Vielfalt von Kritik und Interessen zu bündeln ist sachlich kaum möglich, daher muss eine solche Protestpartei in einer kalkulierten Ungenauigkeit, im Ungefähren bleiben; statt Sachargumenten muss sie Gefühle artikulieren und verstärken, mit Empörung über „die da oben“, die angeblich nicht mehr auf „das Volk“ hören, die Menschen ansprechen und emotional mitreißen.

Man nennt das „Populismus“: Um zu spektakulären Erfolgen zu kommen,

werden die Menschen emotional und nicht rational angesprochen: Gefühle hochpuschen, einfache Parolen rufen, bloß nicht mit rationalen Argumenten den Verstand ansprechen – das ist das Rezept. Dabei fühlen sich „die Massen“ sogar ernst genommen, fühlen sich verstanden, weil endlich Politiker ihre Gefühle ernst nehmen und sie nicht mit sachlichen Ausführungen irritieren und überfordern. Wenn dann ein Politiker noch „ihre Sprache spricht“, also volkstümlich klingt und nicht abgehoben, dann vertrauen sie ihm und geben ihm ihre Stimme.

Man weiß schon lange, dass „die Masse“ beeinflussbar und wankelmütig ist. In der Bibel wird Jesus in Jerusalem erst mit „Hosianna“-Jubel empfangen, später aber mit „Kreuzige ihn“ verdammt. Auch Shakespeare hat den Wankelmut der Masse in seinem Drama „Julius Caesar“ dargestellt, in dem es Antonius mit einer Rede gelingt, „das Volk“ von Sympathien für die Cäsar-Mörder abzubringen und ihren Anführer Brutus zum bestgehassten Mann der Republik zu machen, der daraufhin mit den anderen Cäsar-Mördern hastig aus Rom fliehen muss.

Das Problem: „Demokratie“ heißt „Volksherrschaft“. Aber wie verhindert man, dass ein aufgeputschtes Wahlvolk aus dem Bauch heraus statt mit Verstand einen Demagogen wählt, der gar nicht das Wohl des Volkes, sondern nur sein egoistisches Machtinteresse im Auge hat und dem Volk schadet? Kurz: Wie schützt man das Volk vor sich selbst, wenn es sich zu falschen Entscheidungen hinreißen lässt?

Schon in der Weimarer Demokratie machte man Erfahrungen damit: Der Reichspräsident wurde direkt vom Volk gewählt und hatte mehr Machtbefugnisse als etwa unser heutiger Bundespräsident. Das trug letztlich dazu bei, dass Hindenburg im Januar 1933, als Ergebnis eines Gemauschels hinter den Kulissen, Hitler zum Reichskanzler ernannte – der Rest ist bekannt. Hitler nutzte später das Instrument des Plebiszits (heute sagt man: Referendum) geschickt, um sich im passenden Moment des Beifalls der Bevölkerung zu versichern, z.B. nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich 1938.

Als die „Väter des Grundgesetzes“, und vier „Mütter“, 1948/49 über eine Verfassung für Westdeutschland berieten, standen ihnen die frischen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte als Warnung vor Augen. Daraus folgte u.a.: Ein Staatspräsident durfte gegenüber dem Parlament nicht so große Befugnisse erhalten wie in der Weimarer Republik. Und landesweite Plebiszite waren gar nicht mehr vorgesehen. Das 1949 verkündete Grundgesetz legte Wert auf klare Gewaltenteilung und eine Stärkung des Parlaments, außerdem auf eine grundsätzliche Festlegung auf die Menschenrechte, konkret ausformuliert in den Grundrechten. Um ihre Geltung zu betonen, wurden sie als bindende Prinzipien an den Anfang gestellt.

Man kann noch Vieles über das Grundgesetz und seine Entstehung sagen, auch über seine Änderungen in einigen Artikeln, die aktuell auftretenden Fragen angepasst wurden, so auch die durch die Wiedervereinigung 1990 erfolgten Änderungen. Letztere betrafen u.a.: Beitritt der ehemaligen DDR als „fünf neue

Bundesländer“, neue Bundeshauptstadt Berlin, Militär. Forderungen nach einer neu zu entwerfenden, gesamtdeutschen Verfassung, und nach einer Volksabstimmung über diese, fanden keine Mehrheit.

Das liegt sicher auch darin begründet, dass nach Meinung vieler Politologen, Historiker und anderer Kenner von Verfassungsfragen dieses Grundgesetz die fortschrittlichste und sicherlich demokratischste Verfassung ist, die je auf deutschem Boden in Kraft getreten ist. Dennoch gibt es „im Volk“ diverse Stimmen, die daran herummäkeln oder pauschal an der Demokratie in der Bundesrepublik zweifeln. Man kann natürlich jedem Kritiker sofort den Wind aus den Segeln nehmen, wenn man auf Staaten verweist, wo die Rechte der BürgerInnen weniger gelten oder erst gar nicht in der Verfassung geschützt werden. In Deutschland darf eben jeder mäkeln, kritisieren, protestieren, und das auch öffentlich. Das nennt man Meinungsfreiheit.

Dem halten Manche die Ansicht entgegen, Kritik oder Protest bewirke ja nichts, „die da oben“ machten trotzdem, was sie wollten, wir hätten eine „Zuschauerdemokratie“. Diese Ansicht kommt vom Frust, der sich bei Leuten einstellt, wenn sie glauben, dass Meinungsfreiheit auch bedeute, man käme mit jeder Meinung in die Medien und bewirke damit gleich eine Sondersitzung des Bundestages. Das läuft eben so nicht. Aber wie dann?

Da kommen wir zu einer wichtigen Frage: Wie können BürgerInnen aus der Zivilgesellschaft heraus Einfluss nehmen, wie öffentlichen Druck aufbauen, wie über längere Zeit am Ball bleiben und etwas bewirken?

Zu diesen Fragen findet man Antworten nicht allein im Grundgesetz, vielmehr sollte man sich erkundigen, wie Bürgerinitiativen und andere Vereinigungen in der Vergangenheit bereits Erfolge erzielt haben, wie sie als „pressure groups“ politische Wirkung entfalteten, wie sie PolitikerInnen beeindruckten, die um Verluste an Wählerstimmen bangten. Da gibt es schon Optionen, wenn sich Leute zusammentun und ernsthaft daran arbeiten, mit den richtigen Mitteln an den richtigen Stellen anzusetzen. Dass ein solches Engagement Zeit und Energie erfordert, ist klar, und darum werden solche Initiativen meist von Leuten vorangetrieben, die sich voll einsetzen und andere überzeugen können, sie zu unterstützen.

Solche Initiativen sind zwar nicht als Verfassungsorgane vorgesehen, können aber ein Korrektiv sein, um falsche Entscheidungen in der Politik zu verhindern oder zumindest ein besser begründetes Vorgehen zu erzwingen. Und auf letzteres, bitte sehr, haben die BürgerInnen ja wohl Anspruch! Das müsste man mehr Menschen in Politik und Verwaltung deutlich machen: Entscheidet nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg, sondern versucht vorher, sie mitzunehmen und ihnen euer Vorhaben verständlich zu begründen. Damit wäre der Demokratie schon sehr geholfen und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung erhöht.

Demokratie heißt dann nicht unbedingt: Das Volk entscheidet direkt möglichst alles per Referendum. Das kriegen nicht einmal die Schweizer ohne Probleme hin. Demokratie sollte vor allem heißen: Das Volk weiß, worum es geht, und kann

Entscheidungen der Regierung sowie Beschlüsse des Parlaments nachvollziehen. Ein repräsentative Demokratie, in der das Volk Abgeordnete als Repräsentanten des Volkes ins Parlament wählt, funktioniert gut, solange das Volk sich auch repräsentiert sieht, d.h. solange es nicht den Eindruck gewinnt, da laufe Vieles am Volk vorbei und werde nicht erklärt bzw. nicht ordentlich kommuniziert.

Logisch, dass solch ein Eindruck auf Dauer zu Misstrauen gegen Politiker führt. Und hier wittern Populisten ihre Chance und machen mobil gegen „die da oben“, die dem Volk nicht mehr zuhören und es nicht für nötig halten, ihm ihre politischen Maßnahmen zu erklären. Doch bei genauerem Hinschen muss man feststellen: Es gibt durchaus etliche Politiker, die sich Zeit für Interviews nehmen, die dann in Zeitungen erscheinen oder im Fernsehen gesendet werden. Wer das liest oder da hinhört, bekommt schon einige Dinge erklärt, und kann evtl. auch konkret nachfragen und kritisieren.

Das stört die Populisten, und deshalb machen sie die Medien schlecht und wollen die Menschen davon abbringen, den (wie sie sie nennen) „Mainstream-Medien“ (ja sogar der „Lügenpresse“) zu vertrauen. Was sie dann als vertrauenswürdige Alternative anbieten, ist das Grauen für jeden Menschen, der solide journalistische Standards kennt. Im Frühjahr 2016 kamen die Briten in den Genuss einer solchen Informations-Alternative, nämlich der Mehrzahl ihrer Zeitungen, die jahrelang gegen die EU hetzten und Negativschlagzeilen druckten. Hier war und ist der „Mainstream“ im Besitz eines Medienzars namens Rupert Murdoch, er ließ eine wahre "Lügenpresse" von der Leine und machte Propaganda für die „Brexit“-Kampagne.

Es gab Zeiten, da waren Zeitungen berühmt für investigativen Journalismus und deckten Skandale auf, sodass es z.B. in den USA hieß, die Medien seien die *Vierte Gewalt* neben den drei in der Verfassung vorgesehenen, weil sie wie eine zusätzliche Kontrollinstanz für Politik, Justiz und Verwaltung wirkten. Berühmtes Beispiel ist die Watergate-Affäre, die Präsident Nixons illegale Maßnahmen und Lügen aufdeckte und ihn das Amt kostete.

Auch das braucht eine Demokratie: Wahrheitsliebende, unerschrocken recherchierende Journalisten, die eine interessierte und kritische Öffentlichkeit mit belastbaren Informationen versorgen. Und Whistleblower, die Journalisten auf eine Spur setzen, auch wenn sie dafür persönlich viel riskieren. Diese Menschen verdienen Respekt, und Schutz vor Einschüchterung und Verfolgung.

Das alles gehört zu einer funktionierenden, zu einer *gelebten Demokratie*, die nicht bloß auf dem Papier steht. Das Grundgesetz ist nicht geschrieben worden, um als schöne Idee unerreicht über der Wirklichkeit zu schweben. Wenn Menschen in seinem Geltungsbereich mit der politischen Situation im Lande unzufrieden sind und gleich vom „System“ bramarbasieren, das bekämpft werden müsse, dann kann ich nur sagen: Habt ihr überhaupt schon einmal gehört oder gelesen, was in der Verfassung steht? Wenn ja, habt ihr mal überlegt, wie man dafür sorgen kann, dass sich alle an die

Regeln der Verfassung halten?

Für manche DDR-BürgerInnen mag der Beitritt zur BRD 1990 Reisefreiheit und DM im Portemonnaie bedeutet haben – und sonst „nüscht“. Im übrigen waren sie gewohnt: Die da oben machen eh, was sie wollen, und Wahlen sind bloß ein Ritual, damit das Volk allem scheinbar zustimmt. Vielleicht sind manche dieser geistigen Gewohnheit noch immer nicht entwachsen und lassen sich leicht überreden, in dem verwaschenen, antidemokratischen Pegida-Protest mitzulaufen – denn nach dem Ende der DDR riskiert man ja nicht mehr, von Stasi-Leuten abgeführt zu werden.

Man protestiert, weiß aber nicht genau, wogegen. Einmal mehr zeigt dies: Demokratie setzt ein Volk voraus, das weiß, worum es geht, also ein wenigstens in Grundzügen *informiertes* Volk. Wie, bitte schön, soll denn ein Volk herrschen, wenn es blind ist für die eigentlichen Sachfragen, sich aber ganz Stimmungen und ihren Schwankungen hingibt? Wenn aufgeputschte Menschen von Demagogen am Nasenring zur Wahlurne geführt werden, ist das Volk nicht Herrscher, sondern Stimmvieh.

Übrigens ist das ein uraltes Problem der Demokratie. Ja, so alt nämlich wie die erste bekannte Demokratie der Weltgeschichte, die Historiker die attische Demokratie nennen. Sie wurde im antiken Griechenland erfunden und im 5. Jahrhundert v. Chr. in der Polis Athen praktiziert. Diese Form der Demokratie ist mit unserer schwer vergleichbar, doch schon damals trat das Problem aufgeputschter Wähler auf, die sich von Demagogen zu einer bestimmten Meinung drängen ließen. Im konkreten Fall war das Resultat: Die Volksversammlung beschloss mit Mehrheit einen Kriegszug gegen Sizilien – gegen den Rat eines ihrer erfahrenen Feldherren, und dieser Kriegszug (415-413 v. Chr.) endete für Athen in einem kompletten Desaster mit weitreichenden Folgen.

Doch danach hatten wenige die Einsicht, sie hätten falsch entschieden; vielmehr *beschuldigte die Menge die Politiker, die dazu geraten hatten – „so als hätten sie es nicht selbst beschlossen“, schreibt der Historiker sarkastisch.* (zitiert aus: Thomas A. Szlezák, Was Europa den Griechen verdankt. – Der hier gemeinte Historiker ist Thukydides, *Der Peloponnesische Krieg*, 6.8-26)

Trotz der erwähnten geringen Vergleichbarkeit der Demokratie-Modelle beleuchtet der Vorgang in Athen, den Thukydides ausführlich berichtet, die Gefahren, die in einer direkten Demokratie auftreten können. Mir ist daher kaum nachvollziehbar, dass kluge Köpfe in Europa „mehr Demokratie“ in der EU mit mehr *Referenden* verwirklichen wollen. Von der „Brexit“-Entscheidung in Großbritannien einmal abgesehen, hat die EU schon früher schlechte Erfahrungen mit Volksabstimmungen gemacht: Als in wenigen Ländern über eine geplante EU-Verfassung abgestimmt wurde, zogen Populisten gegen die jeweiligen nationalen Regierungen zu Felde und bogen das Referendum um in eine Protestwahl gegen die amtierende Regierung – was mit der weitreichenden Zielsetzung für Europa wenig bis gar nichts zu tun hatte.

In Irland sollte danach über den Lissabon-Vertrag abgestimmt werden (Dieser

Vertrag sollte z.T. die gescheiterte EU-Verfassung ersetzen). Die Iren lehnten den Vertrag mit Mehrheit ab, auch wegen massiver finanzieller Unterstützung der Nein-Kampagne aus der Tasche eines US-Milliardärs (zum Zweck, die EU zu schwächen). Doch als ein Jahr später die Abstimmung wiederholt wurde, kam ein deutliches Ja heraus. Irland steckte da in einer Wirtschaftskrise und hoffte, sich mit EU-Hilfe daraus zu befreien. Diese Hilfe erhielt Irland dann auch.

So sehe ich mit Skepsis auf die Forderung nach mehr Volksabstimmungen, ob national oder EU-weit. Sie sind auf keinen Fall das Allheilmittel der Politik. Und sie bedürften einer angemessenen Informationsgrundlage bei den Abstimmenden – wie oben bereits erläutert. Das führt uns zu der Frage zurück: Was ist Demokratie? Die direkte Form der Demokratie ist mit einem Volk von 80 Millionen Köpfen praktisch nicht durchführbar, keine Frage: Wir stünden ja ständig im Wahlkampf- und Abstimmungsmodus und hätten kaum Zeit, uns über die jeweils zur Abstimmung stehende Frage zu informieren.

Also bleibt uns, wenn wir Demokratie wollen, nur eine Form der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie, in der für wenige Jahre gewählte Volksvertreter Gesetze beschließen und die Regierung wählen sowie kontrollieren. Nach diesem Prinzip ist es in unserer Verfassung geregelt. Leider sind derzeit die Oppositionsparteien im Bundestag zu schwach vertreten, um dort in größerem Umfang die Regierung zu kontrollieren und ggf. in Bedrängnis zu bringen. Diese stützt sich auf eine absolute Mehrheit, weil die beiden stärksten Parteien nach der letzten Bundestagswahl eine Große Koalition gebildet haben.

Das ist alles im Rahmen der gegebenen Regeln möglich, aber auf Dauer fehlt eine wirksamere Opposition. Das Ungleichgewicht im Bundestag führt auch dazu, dass sich politischer Unmut außerhalb des Parlaments Ventile sucht, wo sich (auch aus vielen anderen Gründen) neue Parteien bilden, die sich aber z.T. wieder zerstreiten und selbst zerlegen, bevor daraus eine brauchbare Opposition wird.

Wir dürfen Demokratie aber nicht allein über formale Fragen und Regelungen definieren. Im Wesentlichen muss darauf geachtet werden, dass Macht, die vom Volke ausgeht und in die Hände gewählter Vertreter gelegt ist, kontrolliert wird, und zwar von unabhängiger Seite. Darum gibt es z.B. das Bundesverfassungsgericht: Dort können Bürger das Handeln von Regierung, Parlament und Justiz darauf überprüfen lassen, ob es nach den Normen und Bestimmungen der Verfassung zulässig ist. Kurzum: Macht braucht Kontrolle, damit sie nicht missbraucht wird. Das gilt besonders in einem demokratisch verfassten Staat.

Es genügt aber nicht, wenn staatliche Stellen kontrolliert und Verstöße gegen die Verfassung geahndet werden. Demokratie braucht eine Bevölkerung, die den Geist der Verfassung, d.h. die Gleichheit vor dem Gesetz, Minderheitenschutz, Meinungs- und Religionsfreiheit sowie andere Grundrechte inhaltlich unterstützt und verteidigt; eine Bevölkerung, die nicht nur aufsteht, wenn persönliche Interessen vom

Staat bedroht werden, sondern auch dann, wenn der Staat oder auch Teile der Bevölkerung gegen Menschen vorgehen, die anders denken, anders leben oder einen anderen religiösen Glauben haben.

Kurz: Demokratie lebt, wenn das oberste Prinzip unseres Grundgesetzes, die Respektierung der Menschenwürde (Artikel 1), in praktische Politik und in praktisches Verhalten der Bevölkerung umgesetzt wird. Das war in der BRD nie selbstverständlich, sondern immer neu durchzusetzen bzw. zu verteidigen. Denn die Menschen sind so, andere haben wir nicht (wie schon Bundeskanzler Adenauer sagte): Sie sind verführbar, sie sind egoistisch, sie sind nicht immer ehrlich und reden anders, als sie tun; und sie sind bisweilen geschichtsvergessen, nehmen alles Gute als selbstverständlich und jammern oft auf hohem Niveau. Doch andererseits sind sie auch hilfsbereit, mitfühlend, engagiert für das Wohl Anderer und Aller, setzen sich für Gerechtigkeit ein und gegen Benachteiligung von Außenseitern.

Churchill zufolge ist Demokratie eine schlechte Regierungsform, doch er kenne keine bessere. Demokratie ist eben – eine Herausforderung: Wir haben es in der Hand, ein Zusammenleben in Frieden, in gewaltfreier Auseinandersetzung, in Dialog und der Herbeiführung vernünftiger Konfliktlösungen hinzubekommen. Wer dazu nicht bereit ist, kennt unsere Geschichte nicht – oder ist von allen guten Geistern verlassen.

W. R., 06.07.2016